

(25.2.2015) "Es gibt Skepsis." Mit diesen Worten fasste Günter Garbrecht (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die Aussprache der Abgeordneten mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KV No) über die geplante Reform des ärztlichen Notdienstes zusammen

Skepsis gab es parteiübergreifend hinsichtlich der Frage, ob die jetzt aufgestellten Planungskriterien auch wirklich den tatsächlichen Bedarfslagen entsprechen. So hinterfragten die Abgeordneten, wie denn mit weniger Notfallpraxen eine bessere Versorgung erreicht werden könne.

Genau dies soll die jetzige Reform erreichen, erklärte Dr. Peter Potthoff, Vorsitzender der KV No ([Vorlage 16/2679](#)). Heute seien die Notfallpraxen regional ungleich verteilt. Dies führe dazu, dass sie teilweise nicht voll in Anspruch genommen würden. Eine bessere Verteilung soll nun erstens zu einer stärkeren Auslastung an den künftig 41 Standorten mit zum Teil mehreren Ärzten führen. Zweitens sollen lange Wegezeiten wegfallen, in der Gesamtrechnung die Wege also kürzer werden. Ergänzt werden soll dieses System durch einen mobilen ärztlichen Fahrdienst, der Patientinnen und Patienten bei Bedarf auch zuhause aufsuchen könne. Die KV habe aber noch nicht abschließend festgelegt, wo genau man zukünftig Notfallpraxen ansiedeln wolle, so Potthoff.

In der Aussprache forderten die Abgeordneten unter anderem, bei der Auswahl der Standorte die Lage der Notfallapotheken sowie mögliche Auswirkungen auf die Ambulanzen der Krankenhäuser einzubeziehen. Zudem müsse man berücksichtigen, dass manche Patienten auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen seien. Die Ministerin erläuterte, dass es sich bei der Organisation des Notfalldienstes um eine Selbstverwaltungsaufgabe der ärztlichen Körperschaften handle; sie könne erst eingreifen, wenn nachgewiesen sei, dass die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werde. Die CDU forderte an diesem Punkt eine vorhergehende Prüfung ein. Der Ausschuss beschloss, sich über die praktischen Auswirkungen der Reform der Notfalldienste in Westfalen-Lippe im Jahr 2011 zu informieren.